

nen oder, im Gegenteil, die negativen und destruktiven Folgen interkulturellen Misstrauens ertragen müssen.

Die Institution Schule muss deshalb als einer der Hauptakteure bei der Umsetzung von Integrationsprojekten und -programmen wie dem hier beschriebenen, eine strukturelle Aufgabe im Rahmen des Stadtviertels übernehmen, dieses jedoch nicht nach dem Muster des „Tropfens auf den heißen Stein“, sondern nach dem Vorbild eines koordinierten, nachhaltigen Vorgehens unter Einbindung der verschiedenen jeweils betroffenen sozialen Akteure vor Ort.

Anmerkungen

Die geschilderten Erfahrungen beziehen sich auf die DAZ-Klasse der 16. Mittelschule in Leipzig und die von Siri Pahnke und Victor Labra-Holzappel durchgeführten Trainings. Die dargelegten Gesichtspunkte, Meinungen und Konzepte gehen teilweise über den Rahmen des eigentlichen Modellprojekts „Empowermenttraining IAF e.V.“ hinaus. Der Inhalt des Artikels liegt ausschließlich in der Verantwortung des Verfassers. 1 Zur eingehenden Diskussion dieses Begriffs in der Sozialarbeit vergleiche *Sohns* (2007) und *Herriger* (2006).

Literatur

- Bauman**, Zygmunt: *Modernidad líquida*. Fondo de cultura económica. Buenos Aires 2006
- Beck**, Ulrich: *Weltrisikogesellschaft. Auf der Suche nach der verlorenen Sicherheit*. Frankfurt am Main 2007
- Berry**, John: *Psychology of acculturation. Understanding individuals moving between cultures*. In: Brislin, R.W. (ed.): *Applied cross-cultural psychology*. Newbury Park, California 1990, S. 232-253
- Dubar**, Claude: *La crisis de las identidades. La interpretación de una mutación*. Barcelona 2002
- Grinberg**, L.: Grinberg, R.: *Migración y exilio. Estudio psicoanalítico*. Madrid 1996
- Herriger**, Norbert: *Empowerment in der Sozialen Arbeit. Eine Einführung*. Stuttgart 2006
- Labra-Holzappel**, Victor: *Globalisierung, Migration und Trauma*. In: Boege, K.; Manz, R. (Hrsg.): *Traumatische Ereignisse in einer globalisierten Welt. Interkulturelle Bewältigungsstrategien, psychologische Erstbetreuung und Therapie*. Kröning 2007, S. 141-162
- Naranjo**, Claudio: *Por una Gestalt viva*. Ediciones la Llave. Vitoria-Gasteiz, España 2007a
- Naranjo**, Claudio: *Cambiar la Educación para cambiar el Mundo*. Providencia, Chile 2007b
- Nestmann**, Frank: *Beratung als Ressourcenförderung*. In: Nestmann (Hrsg.): *Beratung. Bausteine für eine interdisziplinäre Wissenschaft und Praxis*. Tübingen 1997, S. 15-38
- Reiter**, Anne: *Selbstvertrauen. Warum es mutige Schüler leichter haben als schüchterne*. In: *Focus-Schule* 5/2009, S. 10-21
- Sohns**, Armin: *Empowerment als Leitlinie Sozialer Arbeit*. In: Michel-Schwartz, Brigitta (Hrsg.): *Methodenbuch Soziale Arbeit*. Wiesbaden 2007, S. 73-100

► Allgemeines

Interkulturelle Woche 2010. Auf Initiative der Deutschen Bischofskonferenz, der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Griechisch-Orthodoxen Metropole findet unter dem Motto „Zusammenhalten – Zukunft gewinnen“ vom 26. September bis 2. Oktober 2010 die diesjährige Interkulturelle Woche statt. Die Eröffnungsfeier am 24. September in Essen bildet den Auftakt für landesweit rund 3 500 Veranstaltungen mit thematischen Schwerpunkten wie den Menschenrechten an Europas Grenzen sowie Ausgrenzung und Diskriminierung innerhalb der deutschen Gesellschaft. Das Programm beinhaltet Lesungen, Musik, Filmvorstellungen, Theateraufführungen, Tanz, Diskussionen, Workshops, Seminare und Gottesdienste. Am 3. Oktober laden Moscheen zum Tag der offenen Tür ein. Weitere Informationen stehen im Internet unter www.interkulturellewoche.de. *Quelle: Mitteilungen des Deutschen Städtetags 4.2010*

Gemeinnützigkeit im Lichte des EG-Beihilferechts

Zusammengestellt von Cornelia Markowski und Kerstin Piontkowski. Hrsg. Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V. Selbstverlag. Berlin 2009, 45 S., EUR 12,80 *DZI-D-9011*

Im Februar 2009 fand in Berlin die vom Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge in Kooperation mit dem Arbeitsministerium Nordrhein-Westfalen organisierte Tagung „Gemeinnützigkeit im Lichte des EG-Beihilferechts“ statt, deren Beiträge in diesem Band zusammengestellt sind. Im Wesentlichen handelt es sich dabei um einen Vortrag zum Tagungsthema, eine Publikumsdiskussion dazu und eine abschließende Podiumsdiskussion. Erörtert wurden die Zukunft der Gemeinnützigkeit unter dem Einfluss des europäischen Binnenmarktes und des Wettbewerbsrechts sowie aktuelle Entwicklungen und Gestaltungsspielräume des Gemeinnützigkeitsrechts. Es sei wichtig, dass sowohl privat-gewerbliche als auch gemeinnützige Träger unter möglichst fair gestalteten Wettbewerbsbedingungen qualitativ gute Dienste anbieten können und dass die nationalstaatliche Kompetenz zur Definition von Qualitätsstandards erhalten bleibe. Bestelladresse: Eigenverlag des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge e.V., Michaelkirchstraße 17/18, 10179 Berlin

► Soziales

Armut im EU-Vergleich. Laut der Statistik der Europäischen Union über Einkommen und Lebensbedingungen (EU-SILC) waren im Jahr 2007 durchschnittlich 17 % der EU-Bevölkerung armutsgefährdet. Dies entspricht einer Anzahl von rund 85 Mio. Menschen. In Deutschland lag die Armutsgefährdungsquote mit 15 % leicht unter dem für die EU errechneten Mittel. Die höchste Quote fand sich in Lettland (26 %), gefolgt von Rumänien (23 %), Bulgarien (21 %), Litauen, Griechenland und Spanien (jeweils 20 %). Relativ niedrig war der Anteil der armutsgefährdeten Personen in der Tschechischen Republik (9 %) und der

Slowakei (11 %). In Ländern, die Deutschland in politischer und ökonomischer Hinsicht ähnlich sind, wie zum Beispiel die Niederlande (11 %), Österreich, Dänemark und Schweden (jeweils 12 %), fielen die Armutsquoten zumeist etwas geringer aus als der hier gemessene Wert von 15 %. Gemäß der einheitlichen EU-Definition wurde die Schwelle für die Armutsgefährdung bei 60 % des nationalen Median-Äquivalenzeinkommens unter Miteinbeziehung staatlicher Transferleistungen angesetzt. *Quelle: Mitteilungen des Deutschen Städtetags 7.6.2010*

Integrationspreis 2010. Mit dem seit dem Jahr 2003 in Berlin vergebenen Integrationspreis werden Arbeitgebende ausgezeichnet, die schwerbehinderte Menschen in vorbildlicher Weise ausbilden oder beschäftigen. Wie schon bei der letzten Ausschreibung winkt für das Jahr 2010 wieder eine Prämie von 20 000 Euro. Damit sollen private oder öffentliche Unternehmen belohnt werden, deren Aufgabe nicht primär in der Förderung behinderter Menschen besteht, weswegen anerkannte Integrationsbetriebe von der Vergabe ausgeschlossen sind. Wer teilnehmen möchte, kann sich noch bis zum 15.9.2010 beim Landesamt für Gesundheit und Soziales bewerben und findet das Formular sowie weitere Informationen im Internet unter www.berlin.de/lageso/arbeit/integrationspreis. *Quelle: Mitteilung der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales 05.2010*

Aktionsplan für Menschen mit Behinderung. In ihrem Antrag 17/1578 fordert die Linksfraktion die Bundesregierung auf, bis zum 30. November 2010 einen Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention vorzulegen, die für Deutschland im März 2009 völkerrechtlich verbindlich wurde. Ziel dieser Konvention ist die volle und gleichberechtigte Partizipation aller Menschen mit einem Handicap. Neben der Formulierung konkreter Ziele sei es wichtig, Betroffene in die Erarbeitung des Plans miteinzubeziehen und gezielte Maßnahmen zum Schutz vor Diskriminierungen zu ergreifen. Die Wünsche der Linken beinhalten zudem ein inklusives Bildungssystem von der Kita bis zur Hochschule und die Beseitigung von Barrieren aller Art. *Quelle: Das Parlament 20.2010*

Ermutigung zum Sparen. Nach Auffassung des Arbeitgeberpräsidenten Dieter Hundt hat die große Koalition bei der Verlängerung des Arbeitslosengelds I für ältere Menschen auf bis zu 24 Monate eine Fehlentscheidung getroffen. Um die Beitragszahlenden zu entlasten, empfehle sich eine Rückkehr zu der Begrenzung auf zwölf Monate. Zudem sei es wichtig, Zeiten der Weiterbildung anzurechnen, um zu verhindern, dass Arbeitslose, die eine entsprechende Förderung erhalten, gegenüber anderen bevorzugt würden. Lohnzuschüsse für Arbeitgebende, deren Beschäftigte sich in einer Weiterbildungsmaßnahme befinden, verursachten unnötige Kosten und seien überflüssig. Im Hinblick auf das Arbeitslosengeld II müsse darauf geachtet werden, passgenaue individuelle Hilfen anzubieten, um ungerechtfertigte Ausgaben zu vermeiden. Auch sei es verkehrt, beim Übergang vom Arbeitslosengeld I zum Arbeitslosengeld II Zuschläge von fast bis zur Hälfte des Regelsatzes zu zahlen, denn dies könne langfristig dazu verleiten, in der Arbeitslosigkeit zu verharren. Vonseiten der Regierung erwartet der Arbeitgeberpräsident die Ent-

schlossenheit, Kürzungen auch gegen Widerstände durchzusetzen. *Quelle: Mitteilung der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände 06.2010*

Anhörung im Bundestag zur Neuberechnung der Hartz-IV-Regelsätze. Am 17. Mai dieses Jahres fand eine Sitzung des Ausschusses für Arbeit und Soziales statt, in deren Rahmen Sachverständige aus mehreren Verbänden zu der vom Bundesverfassungsgericht angemahnten Neubemessung der Hartz-IV-Beträge Stellung bezogen. Im Blickpunkt standen insbesondere die staatlichen Hilfen für Kinder. Zwar garantiere die zur Diskussion stehende Einführung von Gutscheinen den Zugang zu schulischen, kulturellen oder sportlichen Angeboten, doch andererseits entstehe hierdurch ein erheblicher Verwaltungsaufwand und den Eltern werde die Verantwortung vorenthalten. Um die Chancengleichheit von Kindern zu erhöhen, müsse sich die Berechnung von deren Hartz-IV-Sätzen an den Haushalten der Mittelschicht orientieren und nicht wie bisher an denjenigen mit den niedrigsten Einkommen. Wenig sinnvoll seien kleine Pauschalbeträge wie zum Beispiel 2,50 Euro monatlich für Nachhilfeunterricht, denn die aktuell zugrunde gelegten durchschnittlichen Ausgaben spiegelten nicht den tatsächlichen Bedarf einzelner Familien wider. *Quelle: hib – heute im Bundestag Nr. 156*

► Gesundheit

Steigender Anteil von Übergewichtigen. Im Rahmen einer Mikrozensus-Zusatzbefragung erhob das Statistische Bundesamt im Jahr 2009 zum vierten Mal Daten zum Gewicht der Bundesdeutschen. Dabei stellte sich heraus, dass der Prozentsatz der Übergewichtigen im Vergleich zum Jahr 1999 angestiegen ist. Während damals 56 % der Männer und 40 % der Frauen betroffen waren, liegen die jüngsten Werte für Männer bei 60 % und für Frauen bei 43 %. Als Berechnungsgrundlage diente der Body-Maß-Index, wobei im Einklang mit den Standards der Weltgesundheitsorganisation Erwachsene mit einem Body-Maß-Index von über 25 als übergewichtig eingestuft wurden. Insgesamt zeigte sich, dass neben dem Geschlecht auch Faktoren wie das Alter, der Familienstand und der Gesundheitszustand für das Gewicht eine Rolle spielen. So tendierten verheiratete oder verwitwete Personen mehr zu Übergewicht als Ledige und Kranke mehr als Gesunde. Detaillierte Ergebnisse der Mikrozensus-Zusatzbefragung finden sich im Publikationsservice des Statistischen Bundesamtes unter www.destatis.de. *Quelle: Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes 06.2010*

Sozialhilfeträger finanzieren Konduktive Förderung. Das Ende der 1940er-Jahre von dem ungarischen Neurologen Andras Petö entwickelte Konzept der Konduktiven Förderung verbindet pädagogische, psychologische und logopädische Elemente, um Kindern und Erwachsenen mit cerebralen Schädigungen oder Körperbehinderungen ein weitgehend selbstständiges Leben zu ermöglichen. Nachdem diese Methode lange Zeit aus dem erstattungsfähigen Teil des Hilfekatalogs ausgeschlossen war, entschied das Bundessozialgericht im September 2009, sie in die Zuständigkeit des Sozialhilfeträgers zu legen. Dieser muss nun die Kosten übernehmen, wenn eine entsprechende Therapie im Einzelfall erforderlich und geeignet ist, einem behinderten Menschen zu helfen, wobei je nach Lebens-

phase verschiedene sozialhilferechtliche Anspruchsgrundlagen bestehen. Beantragt werden kann die Konduktive Förderung als Maßnahme der Wiedereingliederung mit dem Ziel der sozialen Rehabilitation. Der Bundesverband für körper- und mehrfachbehinderte Menschen bietet auf seiner Internetseite Argumentationshilfen, die unter www.bvkm.de in der Rubrik „Recht und Politik“ zu finden sind. *Quelle: Pressemitteilung des bvkm vom 2.6.2010*

Mehr Rechte für Pflegebedürftige. Durch das am 1. Juli 2010 in Kraft tretende Wohnteilhabegesetz (WTG) sollen die qualitativen Anforderungen an Betreuungseinrichtungen für pflegebedürftige, demenzkranke oder behinderte Menschen in Berlin erhöht werden. Anlass zur Kritik bot vor allem der Personalmangel in den Pflege-Wohngemeinschaften. Für diese gab es bisher weder eine gesetzliche Meldepflicht noch eine Kontrolle durch die staatliche Heimaufsicht oder den Medizinischen Dienst der Krankenkassen, was sich mit dem WTG nun ändern soll. So wird für Wohngemeinschaften mit einer 24-Stunden-Betreuung eine Meldepflicht eingeführt. Die Sozialdienste müssen der Heimaufsicht dann die Anzahl und die Pflegestufe der Bewohnerinnen und Bewohner mitteilen. Bei Beschwerden können anlassbezogene Prüfungen durch die Aufsichtsbehörde stattfinden. Um eine fundierte Entscheidungshilfe herzustellen, werden die Betreuungseinrichtungen verpflichtet, Informationen über Art, Inhalt, Umfang und Preis ihrer Angebote für die Allgemeinheit zugänglich zu machen. Im Ganzen basiert das WTG auf dem Anspruch, pflegebedürftigen Menschen ein weitgehend selbstbestimmtes Wohnen zu ermöglichen und ihre Partizipation am gesellschaftlichen Leben zu stärken. *Quelle: Der Tagesspiegel vom 17.5.2010*

Wanderausstellung zum Thema Demenz. Mit dem Ziel, die Öffentlichkeit zu sensibilisieren, findet in diesem Jahr die Wanderausstellung „Kunst trotz(t) Demenz“ statt, auf der Gemälde, Photographien, Skulpturen und Installationen von Betroffenen, deren Angehörigen und professionellen Kunstschaffenden zu sehen sind. Die nächsten Stationen sind die Bad Kreuznacher Diakonie (1. bis 29. September), das Elfenbeinmuseum in Erbach/Odenwald (2. bis 29. Oktober) und die Katharinenkirche in Oppenheim (31. Oktober bis 12. Dezember). Weiteres im Internet unter www.kunst-trotzt-demenz.de. *Quelle: Diakonie magazin 2.2010*

Projekt zu Alkoholprävention. Wie eine Studie der Berliner Fachstelle für Suchtprävention aus dem Jahr 2008 zeigte, redete rund die Hälfte aller befragten Eltern mit ihren Kindern kaum oder überhaupt nicht über den Genuss von Alkohol. In weiteren 40 % der Familien wurde das Thema gelegentlich angesprochen, doch nur in 11 % der Haushalte fanden häufig Gespräche darüber statt. Da diese Ergebnisse einen Handlungsbedarf für die familiäre Suchtprävention nahelegen, finanziert die AOK Berlin-Brandenburg das Projekt „Peer Eltern an Schule (PeaS)“, um die diesbezüglichen Kompetenzen der Eltern zu fördern. So werden derzeit an drei Berliner Grundschulen Mütter und Väter von Schulkindern der sechsten Klasse als Peer-Eltern ausgebildet, um anderen Eltern dabei zu helfen, mit ihren Kindern über Fragen des Alkoholkonsums zu sprechen. Bei Erfolg soll das Projekt auf andere Grundschulen der Stadt ausgedehnt werden. *Quelle: G+G Gesundheit und Gesellschaft 5.2010*

Nachruf auf Professorin Dr. Ruth Mattheis

Im November des vergangenen Jahres durften wir Ruth Mattheis zu ihrem 90. Geburtstag gratulieren und ihr jahrzehntelanges unermüdetes Engagement für die Belange kranker und behinderter Menschen in unserer Gesellschaft mit einem Beitrag Professor Dr. Peter Reinickes in dieser Zeitschrift würdigen, der ihr umfangreiches Schaffen nachzeichnete. Am 6. Juni 2010 ist Ruth Mattheis in Berlin verstorben. Mit ihr verlieren wir nach 47-jähriger ununterbrochener Zugehörigkeit nicht nur das dienstälteste Mitglied unseres Redaktionsbeirates, sondern auch eine gute Freundin, die unsere Arbeit immer mit ihrem Blick auf die praktischen Bedürfnisse der Klientinnen und Klienten Sozialer Arbeit und des öffentlichen Gesundheitswesens bereicherte.

Der Vorstand, die Geschäftsführung, die Mitglieder des Redaktionsbeirates sowie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des DZI werden Ruth Mattheis in dankbarer Erinnerung behalten.

► Jugend und Familie

Familienreport 2010. Der am 1. Juni von Bundesfamilienministerin Kristina Schröder vorgestellte Familienreport zeigt einen positiven Beitrag der jüngsten Reformen zur wirtschaftlichen Stabilität der Familien. So werde beispielsweise durch das im Januar 2010 erhöhte Kindergeld die Armut von Kindern eingedämmt. Ersichtlich sei auch eine positive Resonanz auf das Elterngeld, da bereits jeder fünfte Vater Partnermonate in Anspruch nehme und 60 % der Männer dies für den Fall einer Vaterschaft beabsichtigten. Insgesamt zeige sich ein Trend, familiäre Aufgaben fairer zu teilen. Für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf seien nach mehrheitlicher Auffassung flexible Arbeitszeiten von zentraler Bedeutung, wenngleich hier deutliche Diskrepanzen zwischen Wunsch und Wirklichkeit auftraten. Ein Viertel der Befragten gab an, zu wenig Zeit für die Familie zu haben. Dennoch bestehe in Deutschland, verglichen mit europäischen Nachbarländern, ein starker innerfamiliärer Zusammenhalt. Weitere Themen der Studie sind neben familienbezogenen Werten und Einstellungen die Situation von Alleinerziehenden und von Familien mit einem Migrationshintergrund. Der Report kann im Internet unter www.bmfsfj.de eingesehen werden. *Quelle: Pressemitteilung des Bundesfamilienministeriums 6.2010*

Übergänge – Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland.

Hrsg. Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ. Selbstverlag. Berlin 2009, 344 S., EUR 9,-
DZI-D-8999

Anlässlich des 60-jährigen Bestehens der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe (AGJ) bietet diese Festschrift eine Bestandsaufnahme wesentlicher Themen der Jugendhilfe sowohl im historischen Rückblick als auch vorausschauend auf zukünftige Herausforderungen, wobei vor allem der soziale Wandel und dadurch angestoßene Veränderungsprozesse im Mittelpunkt stehen. Beachtung finden beispielsweise die Entwicklung der Jugendhilfe in den neuen Bundesländern, die Orientierung am Ideal der sozialen Gerechtigkeit, die Bedeutung des Kindeswohls und der Gesundheitsförderung, der Kontext der multi-ethnischen Gesellschaft und die intereuropäische Koope-

ration in den Bereichen Jugendhilfe und Jugendpolitik. Der Anhang bietet einen Überblick über Fragen, die anlässlich der vergangenen Kinder- und Jugendhilfetagung in den Jahren 1988 bis 2008 diskutiert wurden, ergänzt durch eine chronologische Übersicht über die bisherige Arbeit der AGJ. Bezugsanschrift: AGJ, Mühlendamm 3, 10178 Berlin, Tel. 030/400 40-200, Internet: www.agj.de

Projekt für arabische Mädchen und junge Frauen in Berlin. Am 15. Januar dieses Jahres wurde in Berlin-Neukölln das vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge geförderte Projekt „Al Banat“ für arabische Mädchen und junge Frauen eröffnet. Zwei Gruppen für Mädchen ab sieben Jahren und eine Frauengruppe bieten Gelegenheit für gemeinsame Aktivitäten. So können die Mädchen je nach Wunsch Berlin erkunden, tanzen, schwimmen, kochen oder lernen, mit Computern umzugehen. Das Angebot für die Frauen beinhaltet Vorträge zu Themen wie dem Gesundheitssystem oder dem Schulsystem in Deutschland und zu frühkindlicher Entwicklung und Erziehung sowie Beratung und lebenspraktische Hilfen. Die Gruppen finden im Deutsch-Arabischen Zentrum für Bildung und Integration in der Uthmannstraße 23 statt und können von allen arabischen Frauen und Mädchen unverbindlich und jederzeit genutzt werden. Wer nähere Informationen einholen möchte, wende sich an die Rufnummer 030/568 266 48. *Quelle: EJF Aktuell 1.2010*

EU-Projekt für Kinder psychisch kranker Eltern. Da sich eine psychische Vulnerabilität der Eltern negativ auf die emotionale, kognitive und soziale Entwicklung von Kindern auswirken kann, entsteht die Verantwortlichkeit, in Risikofamilien präventiv zu intervenieren, um Langzeitfolgen zu verhindern. Als Unterstützung für die relevanten pädagogischen, psychologischen und medizinischen Berufsgruppen wurde deshalb im Rahmen der am 1. Oktober 2009 angelaufenen EU-Initiative „Kids Strengths“ eine Online-Plattform in zehn Sprachen entwickelt, die unter der Anschrift www.strong-kids.eu ein spezielles Training anbietet. Eine weitere Zielgruppe des Portals sind betroffene Kinder und Eltern, die hier kompetente Ansprechpersonen finden. Das von der österreichischen Organisation „Soziales Innovatives Netz“ koordinierte zweijährige Projekt bindet 15 Organisationen aus neun europäischen Ländern ein, wie unter anderem die Fachhochschule St. Pölten in Österreich, die ein Training für Fachkräfte der Sozialen Arbeit entwickelt. Die Website ist bereits jetzt nutzbar und wird schrittweise um immer mehr Wissen und Tools erweitert. Langfristig ist vorgesehen, die Online-Trainings in die gängigen Ausbildungsformen für die verschiedenen Sozialberufe zu integrieren. *Quelle: Presseinformation der FH St. Pölten 5.2010*

Internationaler Sozialdienst hilft im Fall von Kindesentführungen. Der nach dem Ende des Ersten Weltkriegs gegründete und seit dem Jahr 2001 als Teil des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge agierende Internationale Sozialdienst (ISD) machte anlässlich des „Tags der vermissten Kinder“ am 25. Mai auf die Situation von entführten Kindern aufmerksam. Häufig würden diese wegen Beziehungskonflikten von ihren eigenen Eltern ins Ausland gebracht und müssten dort monatelang im Untergrund leben. Der ISD versucht in solchen Fällen

unter Einbeziehung von Dritten, wie Jugendämtern oder anwaltlichen Hilfen, eine einvernehmliche Lösung zwischen den Beteiligten zu finden und dabei das in der UN-Kinderrechtskonvention festgelegte Recht auf Umgang mit beiden Elternteilen zu wahren. Als Ansprechpartner für die unterschiedlichsten Arten von Kindesentführung ist der ISD beim Deutschen Verein unter der Rufnummer 030/629 80-403 erreichbar. Weitere Informationen stehen im Internet unter www.issger.de. *Quelle: Pressemitteilung des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge 5.2010*

► Ausbildung und Beruf

Berufsbegleitender Weiterbildungsstudiengang „Führung in Diakonie und Kirche“. Ab dem Wintersemester 2010/11 bietet das Diakoniewissenschaftliche Institut der Universität Heidelberg in Kooperation mit den Evangelischen Fachhochschulen Darmstadt, Freiburg und Reutlingen-Ludwigsburg den berufsbegleitenden Masterstudiengang „Führung in Diakonie und Kirche“ mit dem Abschluss „Master of Arts“. Teilnehmen können Mitarbeitende in den Bereichen Diakonie, Kirche und freie Wohlfahrt, die Führungspositionen einnehmen oder dies beabsichtigen, sowie Fach- und Führungskräfte, die sich im Themenbereich Diakoniewissenschaft qualifizieren möchten. Zulassungsvoraussetzungen für die fünfsemestrige Fortbildung sind ein abgeschlossenes Hochschulstudium und eine mindestens dreijährige Berufserfahrung im diakonischen oder kirchlichen Bereich. Wer sich für dieses Studium interessiert, kann sich noch bis zum 30. August 2010 bewerben und findet weitere Informationen im Internet unter www.dwi.uni-hd.de/studium.

Weiterbildung „Personenzentrierte Kommunikation“. An der Fachhochschule Frankfurt am Main findet vom 27. August 2010 bis 19. Juli 2011 die Weiterbildung „Personenzentrierte Kommunikation“ statt, die sich an dem von Carl Rogers entwickelten klientenzentrierten Ansatz orientiert. Vermittelt werden theoretische Grundlagen der Gesprächsführung und Kenntnisse in Gebieten wie Selbst- und Fremdwahrnehmung, Evaluation, Selbsterfahrung und Supervision. Neben der Teilnahme an den regelmäßigen Terminen sind 25 Stunden personenzentrierte Praxis durch kollegiale Beratungsgespräche nachzuweisen. Bewerbungsschluss für die auf 14 Personen begrenzte Fortbildung ist der 10. August 2010. Das Anmeldeformular und nähere Informationen stehen im Internet unter <http://www.fh-frankfurt.de/de/weiterbildung.html>/Link: Sozialwesen, Pflege, Gesundheit.

Qualifizierungsplan für Tagespflegepersonen. Hrsg. Zentrum Bayern Familie und Soziales. Bayerisches Landesjugendamt. Selbstverlag. München 2009, 66 S., EUR 4,40 *DZI-D-9022*

Seit dem Jahr 2005 sind sowohl auf Bundesebene als auch auf Landesebene gesetzliche Änderungen eingeführt worden, die eine Verpflichtung zur Ausbildung von Tagespflegepersonen festlegen. Nach § 43 Sozialgesetzbuch (SGB) VIII ist eine Pflegeerlaubnis dann nötig, wenn ein Kind mehr als 15 Stunden pro Woche über einen Zeitraum von über drei Monaten gegen Entgelt außerhalb der Elternwohnung betreut werden soll. Bedingung für den Erhalt des Zertifikats ist eine fachliche Qualifizierung, die durch

den hier dargestellten Qualifizierungsplan des Bayerischen Landesjugendamtes vermittelt werden kann. Dieser beinhaltet einen Grundkurs, zwei Aufbaukurse sowie verschiedene Angebote der Fort- und Weiterbildung. Die Broschüre beschreibt die jeweiligen Module und enthält im Anhang Auswertungsbögen für die Evaluation der Kurse und deren Rahmenbedingungen. Bestellanschrift: Zentrum Bayern Familie und Soziales, Marsstraße 46, 80335 München, Tel. 089/12 61-24 41, E-Mail: poststelle@zbfbs-blja.bayern.de

Berufsbegleitende Weiterbildung „Kita-Management“. An der Fachhochschule Potsdam beginnt im September dieses Jahres eine 20-monatige Weiterbildung für Fachkräfte im Bereich der Leitung von Kindertagesstätten sowie Erziehende, die eine solche Tätigkeit anstreben. Vorausgesetzt wird neben einschlägiger Berufserfahrung der Abschluss eines Hochschulstudiums oder einer Berufsausbildung. Für jedes der auch einzeln buchbaren zehn Module können Leistungspunkte vergeben werden, die im Bachelor-Studiengang „Bildung und Erziehung in der Kindheit“ des Fachbereichs Sozialwesen an der FH Potsdam anerkannt werden. Anmeldeschluss: 9. August 2010. Die Lehrinhalte und weitere Hinweise stehen im Internet unter www.fh-potsdam.de/wb_kita.html.

Masterstudiengang Kultur – Ästhetik – Medien. Um dem absehbaren Mangel an Fachkräften im Bereich der kulturellen Bildung entgegenzuwirken, starten die Hochschule München und die Katholische Stiftungsfachhochschule München zum Wintersemester 2010/11 den neuen Masterstudiengang. Kernbereiche des Angebots sind die wissenschaftliche Basis, die Auseinandersetzung mit Kunst, Kultur und Medien, die eigene künstlerische Produktion und Formen der pädagogischen Vermittlung, wobei der Verknüpfung von Theorie und Praxis eine hohe Bedeutung beigemessen wird. Mögliche Tätigkeitsfelder für die Absolvierenden liegen in Bereichen wie Jugend- und Erwachsenenbildung, Medienpädagogik und kulturelle Bildung. Neben dem regulären Studium von drei Semestern besteht die Alternative eines berufsbegleitenden Studiums in vier Semestern. Zugangsvoraussetzungen sind jeweils ein Studienabschluss mit 210 ECTS-Punkten und eine mindestens zweijährige Berufstätigkeit in themenrelevanten Arbeitsgebieten. Näheres im Internet unter www.hm.edu.

Vertiefungskurs für die Betreuung von Demenzzkranken. Der Caritasverband für die Diözese Münster bietet eine praxisbezogene Vertiefung für Betreuungsassistentinnen und -assistenten nach § 87b SGB XI sowie Alltagsbegleiter und -begleiterinnen von demenziell veränderten Menschen. Zur Teilnahme berechtigt sind darüber hinaus auch interessierte Personen aus hauswirtschaftlichen Arbeitsfeldern in Einrichtungen der Altenhilfe. Der Kurs besteht aus zwei Lehrveranstaltungen, die am 29. Oktober und 26. November dieses Jahres jeweils von 9 bis 16 Uhr stattfinden. Die Anmeldefrist endet am 10. Oktober 2010. Wer noch Fragen hat, kann sich an folgende Kontaktadresse wenden: Caritasverband für die Diözese Münster e.V., Referat Altenhilfe und Sozialstationen, Kardinal-von-Galen-Ring 45, 48149 Münster, Tel. 02 51/89 01-325, E-Mail: borchert@caritas-muenster.de

22.-26.8.2010 Oslo, Norwegen. Drei-Jahrestreffen des Internationalen Rats für Alkohol, Drogen und Verkehrssicherheit. Informationen: Thue & Selvaag Forum AS, P.O. Box 14, N-2601 Lillehammer, Norway, Tel. 0047/61 28 73 20, E-Mail: icadts2010@tsforum.no

3.-5.9.2010 Hofgeismar. Tagung für Führungskräfte im Schulsystem: Coaching als Führungsprinzip. Information: Evangelische Akademie Hofgeismar, Gesundbrunnen 8, 34369 Hofgeismar, Tel. 05671/881-115, E-Mail: ev.akademie.hofgeismar@ekkw.de

3.-5.9.2010 Schwäbisch Gmünd. Tagung: Teilen ist Leben. Armut – Glaube – Gerechtigkeit. Impulse für die Gemeindarbeit. Information: Christliches Gästezentrum Württemberg, Willi-Schenk-Straße 9, 73527 Schwäbisch Gmünd, Tel. 07171/9707-0, E-Mail: kontakt@schoenblick-info.de

9.-10.9.2010 Nottwil, Schweiz. Swiss Public Health Conference: Soziale Verantwortung und Gesundheit. Organisation: Public Health Schweiz und Hochschule für Soziale Arbeit, Luzern. Information: Organizers Schweiz GmbH, Obere Egg 2, CH-4312 Magden/Basel, Tel. 0041/61 836 98 78, E-Mail: public-health@organizers.ch

23.-25.9.2010 Heidelberg. Europäischer Diakonie-Kongress: Diakonie gegen Armut und Ausgrenzung – Zukünftige Herausforderungen und Kontexte in Europa. Information: Diakonisches Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland e.V., Reichensteiner Weg 24, 14195 Berlin, Tel. 030/830 01-0, E-Mail: diakonie@diakonie.de

24.-25.9.2010 Berlin. Internationale Fachtagung des European Centre for Clinical Social Work in Zusammenarbeit mit der KHSB und dem ISG: Soziale Gesundheit stärken. Information: Tagungsbüro an der Katholischen Hochschule für Sozialwesen Berlin, Köpenicker Allee 39-57, 10318 Berlin, Tel. 030/501 010 968, E-Mail: tagung2010@eccsw.eu

27.9.-29.9.2010 Brüssel, Belgien. Seminar: Auf der Suche nach dem Europäischen Sozialmodell – Networking und Interessenvertretung im Sozialen Europa. Information: Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V., Michaelkirchstraße 17/18, 10179 Berlin, Tel. 030/62980-0, E-Mail: kontakt@deutscher-verein.de

28.-29.9.2010 Berlin. Fachtagung: Freiwilligenmanagement Behindertenhilfe und Psychiatrie. Information: AWO Arbeiterwohlfahrt Bundesverband e.V., Heinrich-Albertz-Haus, Blücherstraße 62/63, 10961 Berlin, Tel. 030/26309-0, E-Mail: info@awo.org